

28.02.86

In - R

Verordnung

des Bundesministers des Innern

Verordnung zur Bestimmung der Muster der Personalausweise
der Bundesrepublik Deutschland

A. Zielsetzung

Einführung eines fälschungssicheren und maschinell lesbaren Personalausweises der Bundesrepublik Deutschland.

B. Lösung

Der vorliegende Verordnungsentwurf bestimmt die Muster der neuen Personalausweise.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Durch die Ausführung dieser Verordnung wird der Bund nicht mit Kosten belastet.

28.02.86

In - R

Verordnung

des Bundesministers des Innern

Verordnung zur Bestimmung der Muster der Personalausweise
der Bundesrepublik Deutschland

Der Chef
des Bundeskanzleramtes

Bonn, den 28. Februar 1986

14 (13) - 213 01 - Pe 31/86

An den
Herrn Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich die vom Bundesminister des Innern zu
erlassende

Verordnung zur Bestimmung der Muster
der Personalausweise der
Bundesrepublik Deutschland

mit Begründung, Vorblatt und zwei Anlagen.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates auf Grund des Arti-
kels 80 Abs. 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

Schäuble
(Dr. Schäuble)

Verordnung zur Bestimmung der Muster der
Personalausweise der Bundesrepublik Deutschland

Vom

Auf Grund des § 1 Abs. 5 des Gesetzes über Personalausweise
in der Fassung der Bekanntmachung vom (BGBl. I
S.) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Muster für den Personalausweis

Der Personalausweis der Bundesrepublik Deutschland ist nach
dem in der Anlage 1 abgedruckten Muster auszustellen.

§ 2

Muster für den vorläufigen Personalausweis

Der vorläufige Personalausweis der Bundesrepublik Deutschland
ist nach dem in der Anlage 2 abgedruckten Muster auszustellen.

§ 3

Abgelöste Vorschrift

Die Verordnung zur Bestimmung der Muster der Personalausweise der Bundes-
republik Deutschland vom 15. März 1983 (BGBl. I S. 291), geändert durch
Gesetz vom 26. Oktober 1984 (BGBl. I S. 1305), wird gestrichen.

§ 4

Inkrafttreten

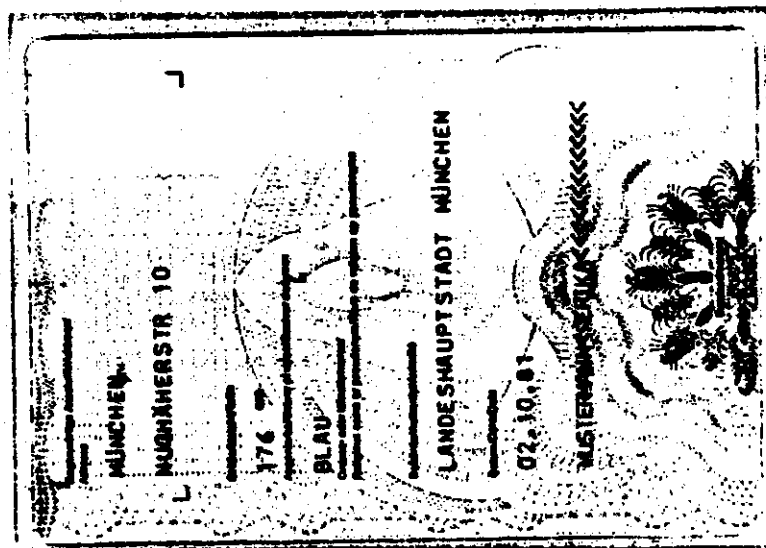
Diese Verordnung tritt am 1. April 1987 in Kraft.

Bonn, den
Der Bundesminister des Innern

Muster des Personalausweises
der Bundesrepublik Deutschland



Vorderseite



Rückseite

126/86

Anlage 2

Muster des vorläufigen Personalausweises
der Bundesrepublik Deutschland

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND **FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY**
PERSONALIAUSWEIS **CARTE D'IDENTITE**

**VORLÄUFIGER
PERSONALIAUSWEIS
IDENTITY CARD
CARTE D'IDENTITE**



Name (Nom/Prénoms):
Müller Erika
geb. (née):
Gall

Vorname (Prénoms):
Erika

Geburtsdatum (Date of birth):
12.09.45

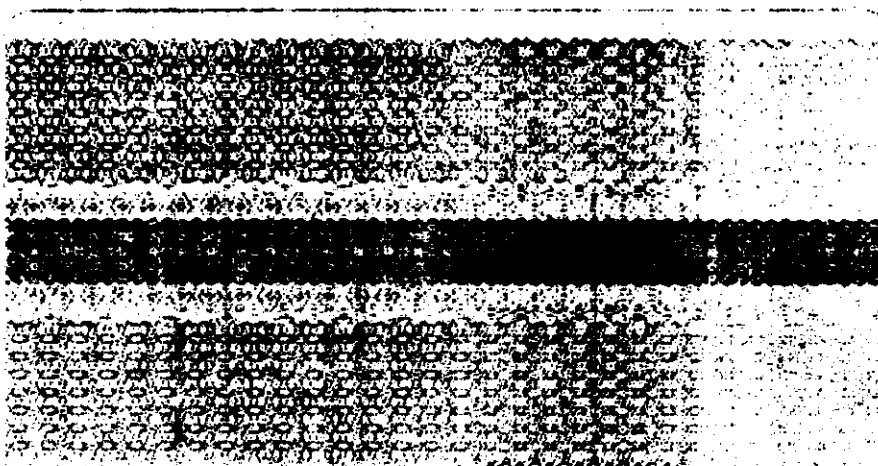
Größe (Height):
176 cm

Nationalität (Nationality):
DEUTSCH

Abgelaufen (Date of expiry):
31.01.83

Unterschrift des Inhabers (Signature of holder):
Erika Müller

Vorderseite



Rückseite

B e g r ü n d u n g

I. Allgemeines

Nach § 1 Abs. 4 des Gesetzes über Personalausweise in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 1983 (BGBl. I S. 289) sind die Muster des Personalausweises und des vorläufigen Personalausweises der Bundesrepublik Deutschland durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zu bestimmen.

Das Inkrafttreten der Verordnung zur Bestimmung der Muster der Personalausweise der Bundesrepublik Deutschland vom 15. März 1983 (BGBl. I S. 291) ist durch Gesetz zur Änderung personalausweisrechtlicher Vorschriften vom 26. Oktober 1984 (BGBl. I S. 1305) ausgesetzt worden. Wegen einer Änderung des Personalausweismusters und zur Bestimmung des Einführungstermins soll die Verordnung neu gefaßt werden.

II. Zu den Vorschriften im einzelnen:

Zu § 1

Die Vorschrift bestimmt das Muster des fälschungssicheren und maschinell lesbaren Personalausweises der Bundesrepublik Deutschland.

Da eine Beschreibung des Ausweismusters zu seiner Bestimmung nicht ausreicht, wird es in der Anlage 1 abgedruckt.

Zu § 2

Hierdurch wird das Muster des vorläufigen Personalausweises der Bundesrepublik Deutschland bestimmt.

Das Muster wird in der Anlage 2 abgedruckt.

Zu § 3

Die Verordnung zur Bestimmung der Muster der Personalausweise der Bundesrepublik Deutschland vom 15. März 1983 (BGBl. I

126/86

- 5 -

S. 291) ist durch diese Verordnung gegenstandslos.

Zu § 4

Die Bestimmung regelt das Inkrafttreten dieser Verordnung.
Der Zeitpunkt muß mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens
des Fünften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Per-
sonalausweise übereinstimmen.

III. Kosten

Durch die Ausführung dieser Verordnung wird der Bund nicht
mit Kosten belastet.

Empfehlungen

der Ausschüsse

zur

Verordnung zur Bestimmung der Muster der Personalausweise der Bundesrepublik Deutschland

Punkt der 563. Sitzung des Bundesrates am 18. April 1986

A.

1. Der Rechtsausschuß

empfiehlt dem Bundesrat, der Verordnung gemäß Artikel 80
Abs. 2 des Grundgesetzes mit folgender Maßgabe zuzustimmen:

Zu §§ 3 und 4

§ 3 ist wie folgt zu fassen:

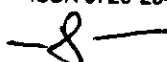
"§ 3

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. April 1987 in Kraft.

(2) Die Verordnung zur Bestimmung der Muster der Personalausweise der Bundesrepublik Deutschland vom 15. März 1983 (BGBl. I S. 291), geändert durch Gesetz vom 26. Oktober 1984 (BGBl. I S. 1305), wird gleichzeitig aufgehoben."

Als Folge ist § 4 zu streichen.



(noch Ziffer 1)

- 2 -

Begründung:

Die Zusammenfassung der Vorschriften
in einen Regelungszusammenhang er-
scheint sinnvoll.

Im übrigen Klarstellung des Gewollten.

B.

2. Der federführende Ausschuß für Innere Angelegenheiten empfiehlt dem Bundesrat, der Verordnung gemäß Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes zuzustimmen.

Beschluß

des Bundesrates

zur

Verordnung zur Bestimmung der Muster der Personalausweise der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundesrat hat in seiner 563. Sitzung am 18. April 1986 beschlossen, der Verordnung gemäß Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes mit folgender Maßgabe zuzustimmen:

Zu §§ 3 und 4

§ 3 ist wie folgt zu fassen:

"§ 3

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. April 1987 in Kraft.

(2) Die Verordnung zur Bestimmung der Muster der Personalausweise der Bundesrepublik Deutschland vom 15. März 1983 (BGBl. I S. 291), geändert durch Gesetz vom 26. Oktober 1984 (BGBl. I S. 1305), wird gleichzeitig aufgehoben."

Als Folge ist § 4 zu streichen.

Begründung:

Die Zusammenfassung der Vorschriften in einen Regelungszusammenhang erscheint sinnvoll.

Im übrigen Klarstellung des Gewollten.